

Dietfrid Krause-Vilmar  
25. Januar 2004

**Ansprache am „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“  
am Dienstag, 27. Januar 2004  
am Mahnmal für die Opfer des Faschismus im Fürstengarten in Kassel**

[Zum 27. Januar]

Durch Proklamation des Bundespräsidenten Roman Herzog wurde am 3. Januar 1996 der 27. Januar zum „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“ erklärt. Historischer Hintergrund ist die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 durch das Militär der Sowjetunion.

Auschwitz steht symbolhaft für den Völkermord und für die Millionen Menschen, die durch das Naziregime entrechtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden.

Dieser Gedenktag, obgleich bereits in manchen Kalendern verzeichnet, ist leider noch nicht hinreichend bekannt. Vielleicht bedarf es auch einer längeren Zeitspanne, bis dieser Tag allgemein „angekommen“ und angenommen sein wird.

Die Stadt Kassel, und insbesondere die politisch Verantwortlichen der Stadt, haben für ihren Teil zumindest vieles getan, um diesen Tag und um die Verbrechen des NS-Staates nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Ich sage dies auch auf dem Hintergrund meiner landesweiten Kenntnisse als Sprecher der „Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen an die NS-Zeit in Hessen“. Ein weiteres Zeichen für die Kasseler Haltung sehe ich in der Entscheidung des Magistrats/Oberbürgermeisters, alle öffentlichen Gebäude in der Stadt auf Halbmast zu beflaggen (und nicht nur die dem Bund unterstehenden Gebäude und Behörden). Die Universität Kassel hat – dies darf ich hier vielleicht erwähnen - für heute Nachmittag Dr. Andrzej Strzelecki, einen seit vielen Jahren in der Gedenkstätte Auschwitz forschenden polnischen Historiker; zu einem Vortrag über „Neuere Forschungen zum Lager Auschwitz“ eingeladen (er weilt hier unter uns).

[Zum Gedenken an die Menschen mit Behinderung]

Das vergangene Jahr war von der Europäischen Union zum „Jahr der Menschen mit Behinderung“ erklärt worden. Es ist offenkundig, dass mit dem Ablauf des Jahres 2003 die Probleme des Umgangs mit Menschen, die eine Behinderung aufweisen, nicht gelöst sind.

Gerade die Nazizeit stellt in dieser Hinsicht einen furchtbaren Rückfall in die Barbarei dar. „Das Gemeinwohl der Gesunden gestattet in keiner irgendwie gearteten Form, Rücksicht auf die Kranken oder auch nur in irgendeiner Weise Schwachen zu nehmen“, hieß es in einer programmatischen Broschüre der Napolas (1934) – und dieser Satz enthüllte einen Kern des nationalsozialistischen Programms.

Die gesamte Praxis des Nationalsozialismus war davon durchdrungen, nicht nur die Zerstörung des Lebens anderer zur Denk- und Handlungsvoraussetzung der eigenen schrankenlosen Existenz zu machen, sondern auch die Zerstörung des eigenen Lebens in Kauf zu nehmen. Dies bedeutet eine „Alles-oder-Nichts-Logik“ im Sinne der Unfähigkeit zum Aufeinander-Zugehen oder gar zum Kompromiss oder Vergleich. Für eine solche Tendenz, den Tod als

„Endlösung“ sozialer und/oder machtpolitischer Konflikte zu handhaben, wurde die Bezeichnung *Leben zum Tode* gewählt. Sie soll ausdrücken, dass es dem Nationalsozialismus an der Fähigkeit zu humanem Leben fundamental mangelt; immer erscheint der Tod als vermeintlicher Ausweg zur Lösung von Lebensproblemen. Die große Zahl der bewusst in den Tod geführten Zivilisten und Soldaten sowie die Ermordung von Millionen europäischer Juden und anderer stigmatisierter Gruppen von Menschen lassen den Nationalsozialismus als eine „Todeszeit“ unvorstellbarem Ausmaßes erscheinen.

Der nicht hundertprozentig gesunde und damit leistungs- und funktionsfähige Mensch galt nichts. Wer geistig, körperlich oder psychisch erkrankte oder nicht gesund zur Welt gekommen war, lief Gefahr, bürokratisch erfasst, in eine Anstalt verbracht, in der das Töten systematisch vollzogen wurde, und dort ums Leben gebracht zu werden. Auch in unserer Region sind Menschen aus Haina und Merxhausen nach Hadamar transportiert und dort ermordet worden (u.a. im April 1941 von Merxhausen „200 Frauen“, von Haina „200 Männer“ [die glatten 0-Zahlen fügen sich in das verdinglichte Denken ein] ; s. Manfred Klüppel). Diesen sog. „Euthanasie“-Maßnahmen sind in Deutschland etwa 200.000 Menschen zum Opfer gefallen.

Das Problem entschärft sich nicht durch den – für sich genommen: richtigen - Hinweis darauf, dass den „Euthanasie“- Morden ein eben für die Nazizeit typisches menschenfeindliches Denken zugrunde lag. Ich sehe es so: Die Nazizeit stellte eine bis zum letzten gesteigerte Radikalisierung und Pervertierung weit verbreiteter Einstellungen und Haltungen gegenüber dem „Behinderten“ und dem Fremden dar. Diese Haltungen sind auch heute noch keineswegs überwunden und bilden auch künftig eine Gefährdung. Mit anderen Worten: Die Nazis vollstreckten bis zum furchtbaren Exzess verbreitete Vorurteile und Aversionen gegenüber dem vermeintlich „lebensuntüchtigen“ Menschen. Das bedeutet, dass wir weiterhin hier gefordert sind, dass wir im Umgang mit Menschen mit Behinderung uns als Lernende zu verstehen haben. Vor allem müssen wir Obacht geben auf Menschenbilder der Moderne (in der Werbung sieht man sie fast täglich), in denen allein der schöne, der starke, der gesunde, der potente, der ungebrochen strahlende Held zählt. Obacht auch bei Bewerbungen und Einstellungen, bei Entlassungen und Versetzungen von Kollegen und Mitarbeitern.

#### [Zum besonderen Charakter der Erinnerung an die NS-Zeit]

Als Roman Herzog den heutigen Gedenktag im Januar 1996 proklamierte, war es ihm darum zu tun, dass die Nazizeit als Mahnung für die Gegenwart und Zukunft stärker in unser Bewusstsein tritt. Wichtig war ihm, dass dies auch „vor Ort“ geschieht.

in der BILD-Zeitung am 3. Januar 1999 – der Neujahrsausgabe - schrieb er, dass „viele kleine Gedenkstätten“ ihm wichtiger wären als die Errichtung eines zentralen Mahnmals (gegen das er sich nicht aussprach). Und in seiner Rede im Deutschen Bundestag am 27. Januar 1999 verdeutlichte er, dass er dabei nicht an die „großen“, sondern tatsächlich an die „kleinen“ Gedenkstätten dachte. Er führte folgendes aus:

„Wir sollten - über das ganze Land verstreut - noch mehr Orte der konkreten, historischen Erinnerung haben. Der Nationalsozialismus hat nicht nur in Berlin stattgefunden oder in Nürnberg oder in München. Überall hat es Szenen des Schreckens gegeben. Überall gab es Schulen, aus denen die jüdischen Kinder entfernt wurden. Überall gab es Geschäfte, die den Besitzern

weggenommen wurden. Überall hatte die SA ihre Verhörkeller. Überall gab es Sammelstellen für die Transporte. Wer sich nur ein wenig damit beschäftigt, der kann herausfinden, wie sich das Verbrechen ganz in seiner nächsten Umgebung abgespielt hat. [...] Die Topographie des Terrors lässt sich im alltäglichen Leben unserer Welt finden.“

Und noch einen aus meiner Sicht wichtigen Satz hat Roman Herzog in dieser Rede ausgesprochen:

„Wer sich dieser Geschichte stellt, der wird als moralisches Subjekt selbst in Frage gestellt.“

Das bedeutet: Der demonstrative und selbstzufriedene Fingerzeig auf die „Anderen“ ist zu billig; es geht vielmehr um eine selbstkritische Wahrnehmung nicht zuletzt auch der eigenen Gefährdungen.

Gerade dieser letzte Satz des damaligen Bundespräsidenten hat gegenwärtig, so meine ich, eine besondere Bedeutung. Es mehren sich in letzter Zeit Anzeichen für eine Verabschiedung von der besonderen deutschen Verantwortung der NS-Verbrechen. Das unausgesprochene Motto lautet dabei: „Die anderen waren auch nicht besser!“ oder es lautet: „Die Deutschen waren letztlich Opfer.“ (Hohmann)

Vor wenigen Tagen ist der Zentralrat der Juden in Deutschland aus der Stiftung Sächsische Gedenkstätten ausgetreten, ein Ereignis ohne Präzedenz! – diesem Schritt sind die „Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz“ und der „Zentralrat der Sinti und Roma“ unmittelbar gefolgt. Salomon Korn begründete für den Zentralrat der Juden die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit den Sächsischen Gedenkstätten („Bis hierher und nicht weiter!“) mit der „Gefahr einer schleichenden Angleichung von NS-Terror und SED-Regime“. Korn sieht eine ähnliche Gefahr in einem CDU/CSU-Antrag, der am 30. Januar im Bundestag eingebracht werden soll, in dem es um eine „Initiative zur Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland“ geht.

Es steht außer Frage, dass an die Opfer der Verbrechen der SED-Diktatur in angemessener und würdiger Form zu denken ist, wie dies an zahlreichen Orten seit 1990 in Deutschland geschieht. Es darf jedoch nicht dahin kommen, dass die Verbrechen der „anderen, d.h. hier der kommunistischen Seite“ zur Entlastung der „eigenen“ Untaten führen und dass im selben Zuge jenes selbstkritische und selbstreflexive Erinnern zurückgedrängt wird, den sich unsere Gesellschaft in einem langen und schwierigen Prozess gestellt hat, von dem Herzog sprach. Jeder kehre doch zunächst vor der eigenen Tür! Es ist in erster Linie die Aufgabe der am SED-Unrecht beteiligten Akteure, sich selbstkritisch mit ihrem Anteil am DDR-Unrechtsstaat auseinander zu setzen und auf Entschädigung und Wiedergutmachung hin zu wirken. Freilich ist es auch Aufgabe des neuen deutschen Gesamtstaates, den DDR-geschädigten Menschen zu helfen. Niemals aber sollte das eine gegen das andere ausgespielt, das eine zur Entlastung des anderen missbraucht werden oder das eine in dem andern eingeschmolzen werden! Am Ende wären dann alle irgendwie Opfer, während Täter und Mitwirkende sich in Nichts aufgelöst hätten. (Nach dieser Logik wäre vielleicht auch Roland Freisler, der im Februar 1945 bei einem Luftangriff in Berlin ums Leben kam, Mitglied der universalen Opfergruppe).

Wenn sich diese Auffassung durchsetzen sollte, wäre mancher Brief und manche Botschaft aus den Zuchthäusern und Lagern der NS-Zeit in den Wind geschrieben worden. Manche der letzten Zeugnisse der Menschen, die auf Grund einer Erkrankung deportiert und damit für immer zum Verschwinden gebracht werden sollten, teilen den Angehörigen ein „Vergesst uns nicht!“ mit.